

BEVÖLKERUNGSBEFRAGUNG 2011

Die Ergebnisse im Überblick

Bürger vertrauen Aufschwung: Das Vertrauen in einen weiteren Wirtschaftsaufschwung in Deutschland ist ungebrochen: Wie schon im Vorjahr erwartet fast die Hälfte der befragten Bürger im kommenden Jahr einen wirtschaftlichen Aufschwung. Noch positiver wird die Situation von den Selbstständigen bewertet: Hier glauben 54,2% an eine positive Entwicklung.

Optimismus bei privaten Finanzen: Ein Viertel der Deutschen (24,4 %) erwartet im kommenden Jahr eine Verbesserung der persönlichen finanziellen Situation. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um gut drei Prozentpunkte. Besonders positiv bewerten die jüngeren Befragten im Alter bis 29 (40,7 %) und die Selbstständigen (44,2 %) ihre Situation.

Krise ohne Auswirkung auf Binnennachfrage: Die Euro-Krise hat offensichtlich keine Auswirkungen auf das Konsumverhalten der Menschen in Deutschland: Die geplanten Ausgaben bleiben konstant, wobei die Bürger weiter eine Priorität auf die Ausgaben für Gesundheit legen. Mehrausgaben planen die Menschen außerdem für Wohnung und Haus sowie für Urlaub, Freizeit und Hobbys ein.

Durchwachsene Arbeitsmarktpolitik: Die Bewertung der Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung gleicht mit einer Durchschnittsnote von 3,7 der Gesamteinschätzung der Bundespolitik. Insbesondere bei den derzeit Arbeitssuchenden kommt die Arbeitsmarktpolitik nicht gut weg: Jeder Zweite bewertet sie mit den Noten „mangelhaft“ oder „ungenügend“.

Arbeitsplatz weiterhin sicher: Insgesamt 80,7% der Menschen halten ihr Beschäftigungsverhältnis für sicher: 82,8% der Angestellten und 74,4% der Auszubildenden. Insbesondere die in Ausbildung Befindlichen befürchten in diesem Jahr aber vergleichsweise häufiger (25,6 %) als 2010 (19,6 %), ihren Ausbildungsplatz zu verlieren.

Selbstbestimmtes Arbeiten hoch im Kurs: Das Gehalt ist bei der Wahl eines Arbeitgebers von nachgeordneter Bedeutung. So ist die Möglichkeit, selbstbestimmt zu arbeiten, für 40,5% der Bürger wichtig. Flexible Arbeitszeiten sind für 39,2% der Arbeitnehmer ein Merkmal der Attraktivität eines Unternehmens. Dass ein hohes Gehalt einen Arbeitgeber attraktiv mache, finden 38,3% der Bürger – 42,6% der Männer, aber nur 33,7% der Frauen. Weniger wichtig sind Unternehmensgröße, Standort und der Bekanntheitsgrad des Unternehmens.

Wirtschaftsjunioren
Deutschland e.V.

►
Breite Straße 29
10178 Berlin
Telefon +49 (30) 20308-1515
Fax +49 (30) 20308-1522
wjd@wjd.de
www.wjd.de

►
Deutsche Bank Berlin
BLZ 100 700 00
Konto-Nr. 2 397 040

Ehrenamt ja, aber kein Vollzeit-Job: Viele Menschen (42,2 %) können sich vorstellen, sich im Alter ehrenamtlich zu engagieren. Für einen Vollzeit-Job im höheren Lebensalter können sich allerdings nur 8,2% der Befragten begeistern – während immerhin ein Viertel der Menschen (25,9 %) auch im Alter von 65 bis 70 Jahren noch in einem Teilzeit-Job arbeiten würde.

Mäßige Note für Bundesregierung: Die Bundesregierung erhält von den Bürgern in diesem Jahr eine Durchschnittsnote von 3,7. Damit bleibt die schwarz-gelbe Regierung unterhalb der Noten, die die große Koalition erhalten hat.

Denkzettel für Energiepolitik: Das Regierungshandeln im Bereich Energiepolitik erhält von den Bürgern des Landes mit einem Durchschnitt von 4,2 im Vergleich zu allen abgefragten Politikfeldern die schlechteste Bewertung. Interessant ist dabei, dass nur 10,5% der Befragten den Atomausstieg grundsätzlich ablehnen. Kritisiert wird also das „Wie“ der Entscheidungsfindung, nicht der Ausstieg als solcher. Gleichzeitig fehlt es noch an dem Bewusstsein, dass auch jeder Einzelne einen Beitrag zur Energiewende leisten muss.

Schuldenabbau statt Steuersenkung: 56,2% der Bürger wollen, dass Deutschland eher Schulden abbaut als Steuern senkt. Höhere Ausgaben des Staates wünschen sich die Menschen mehrheitlich nur in den Bereichen Bildung, erneuerbare Energien, Familie und Gesundheit.

Bürger gegen Subventionen: 59,0% der Befragten sprechen sich dafür aus, Subventionen zu kürzen.

Mäßige Note für Wirtschaftspolitik: Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung erhält von den Befragten die Note 3,6. Der Optimismus der Bürger und der weiterhin erwartete wirtschaftliche Aufschwung werden entsprechend nicht als Leistung der Bundesregierung gesehen.

Deutschland zählt zu Gewinnern der europäischen Integration: 54,0% der Deutschen sehen ihr Land als Gewinner des europäischen Integrationsprozesses. Dem stehen 33,0% gegenüber, die Deutschland eher auf der Verliererseite sehen. Die Europapolitik der Bundesregierung erhält mit der Note 3,8 aber nur einemäßige Bewertung.

Japan verliert an Bedeutung: Japan wird 2011 nur noch von 13,8% der Bürger als harter Wettbewerber identifiziert - ein Rückgang um 11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2009.

Stabilität des Euro: Trotz der Eurokrise steigt die Zahl der Skeptiker nur geringfügig auf 44,7% der Bürger an. Es besteht demnach bei den Bürgern ein Grundvertrauen in die Stabilität des Euro. Dieses ist offensichtlich Ausdruck der hoffnungsvollen Erwartung eines wirtschaftlichen Aufschwungs für Deutschland.

Positives Unternehmerbild: Die Unternehmer in Deutschland werden von den Bürgern insgesamt sehr positiv bewertet. Sie werden als Motor der Wirtschaft, als Ideengeber und als Fortschrittsquelle angesehen. Die allgemeine Unternehmerschelte, die von Teilen der Politik sowie von einigen gesellschaftlichen Gruppen betrieben und in den Medien häufig transportiert wird, findet sich in den Ergebnissen der vorliegenden Studie jedoch nur in Ansätzen wieder.

Mehr Teilhabe von Bürgerinitiativen und Experten: Insgesamt 54,6% der Deutschen meinen, dass Bürgerinitiativen stärker an öffentlichen Debatten teilhaben sollten. Dies ist mit Abstand der höchste Wert und spiegelt offensichtlich die in Teilen der Bevölkerung vorhandene Politikverdrossenheit wider, die sich andere Beteiligungsformen als das klassische Engagement in Parteien wünscht. Gefolgt werden die Bürgerinitiativen von Expertengremien (43,4 %) und Wirtschaftsexperten (42,3 %).

Größerer Fokus auf Generationengerechtigkeit: Unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit bekommt die Bundesregierung lediglich die Note 4,1. Nur knapp ein Drittel der Bürger benotet die Arbeit der schwarzen Bundesregierung in Hinblick auf Generationengerechtigkeit mit „sehr gut“ (1,8 %), „gut“ (7,4 %) oder „befriedigend“ (21,3 %).